

## Auftragsbekanntmachung

### Dienstleistungen

#### Legal Basis:

Richtlinie 2014/24/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

##### I.1) **Name und Adressen**

Ortsgemeinde Irrel

Irrel

Deutschland

Kontaktstelle(n): Verbandsgemeindeverwaltung Südeifel, Herr Manfred Dichter, Pestalozzistraße 7, D-54673 Neuerburg

E-Mail: [Dichter.Manfred@vg-suedeifel.de](mailto:Dichter.Manfred@vg-suedeifel.de)

NUTS-Code: DEB23

##### **Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <http://www.suedeifelinfo.de/>

##### I.2) **Informationen zur gemeinsamen Beschaffung**

##### I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.suedeifelinfo.de/index.php/2014-04-02-05-54-48/ausschreibungen>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

##### I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

##### I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

#### **Abschnitt II: Gegenstand**

##### II.1) **Umfang der Beschaffung**

##### II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Planungsleistungen für den Neubau der Kindertagesstätte der Ortsgemeinde Irrel

##### II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71000000

##### II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

##### II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Neubau einer 7-Gruppen-Kindertageseinrichtung in Irrel auf einem unbebauten gemeindeeigenen Grundstück mit Hanglage an der Straße „Auf Omesen“ in Höhe der Franziskus Grund- und Realschule Plus. Leistungsphasen 1 bis 9.

##### II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

##### II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

##### II.2) **Beschreibung**

**II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:****II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)****II.2.3) Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEB23

Hauptort der Ausführung:

D-54666 Irrel

**II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:**

Die Ortsgemeinde Irrel plant den Neubau einer 7-Gruppen-Kindertageseinrichtung in Irrel auf einem unbebauten gemeindeeigenen Grundstück mit Hanglage an der Straße „Auf Omesen“ in Höhe der Franziskus Grund- und Realschule Plus. Die neue Kindertagesstätte soll die bestehende, neben der Verbandsgemeindeverwaltung befindliche Kath. Kindertagesstätte St. Elisabeth, ersetzen.

Mit der Errichtung der Kindertagesstätte sollen 7 Gruppenräume mit bis zu 65 Plätzen insgesamt geschaffen werden (davon 1 Regel-Gruppe, 3 geöffnete KiGa-Gruppen und 3 kleine altersgemischte Gruppen).

Für den Kindertagesstätten-Neubau ist eine Nutzfläche von ca. 1.100 m<sup>2</sup>, ca. 44 m<sup>2</sup> für Verkehrsflächen und ca. 1.800 m<sup>2</sup> für Flächen im Außenbereich vorgesehen.

Die von der Auftraggeberin beabsichtigte Vergabe der Planungsleistungen bezieht sich auf die Grundleistungen gemäß Leistungsbild der Objektplanung für Gebäude nach § 34 HOAI i.V.m. Anlage 10 zur HOAI für die Leistungsphasen 1 bis 9 sowie gemäß Leistungsbild der Objektplanung für Freianlagen nach § 39 HOAI i.V.m. Anlage 11 zur HOAI hinsichtlich der Leistungsphasen 1 bis 9.

**II.2.5) Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Qualität / Gewichtung: 50 %

Qualitätskriterium - Name: Teamwertung / Gewichtung: 20 %

Kostenkriterium - Name: Honorarangebot / Gewichtung: 30 %

**II.2.6) Geschätzter Wert****II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 31/12/2018

Ende: 31/12/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

**II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Anzahl der Bewerber: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Jahresnettoumsatzerlöse im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2017: Erreichbare Höchstpunktzahl: 10,

Gewichtungsfaktor: 10%

Die Höhe des Jahresnettoumsatzerlöses wird wie folgt in Punkte umgerechnet:

Wenn der Jahresnettoumsatzerlös 1.000.000,00 € erreicht, erhält der Bewerber 10 Punkte. Sollte der

Jahresnettoumsatzerlös weniger als 300.000,00 € betragen, bekommt der Bewerber 0 Punkte. Die dazwischen liegenden Werte werden nach der nachstehenden Rechenformel interpoliert:

Formel:  $y = 10 - (10 / (x3 - x1)) * (x2 - x1)$

x1 = 1.000.000,00 €

x2 = angegebener Jahresnettoumsatzerlös

x3 = < 300.000,00 € (299.999,99)

y = erreichte Punkte

2. Referenzprojekt 1: Erreichbare Höchstpunktzahl: 30, Gewichtungsfaktor: 20%

2.1. Art der baulichen Maßnahme:

- Neubau – Punktzahl 10;
- Umbau im Bestand und Modernisierung – Punktzahl 6;
- Reiner Erweiterungsbau ohne Umbau im Bestand – Punktzahl 2.

2.2. Brutto-Grundfläche (BGF):

Die BGF ist gemäß Richtlinie zur Ermittlung des Sachwerts (Sachwertrichtlinie-SW-RL) vom 5. September 2012 die Summe der bezogen auf die jeweilige Gebäudeart marktüblich nutzbaren Grundflächen aller Grundrissebenen eines Bauwerks.

Die Höhe der Bruttogrundfläche wird wie folgt in Punkte umgerechnet:

Wenn die Bruttogrundfläche des vorgelegten Referenzprojektes 2.500 m<sup>2</sup> erreicht, erhält der Bewerber 10 Punkte. Sollte diese Bruttogrundfläche weniger als 500 m<sup>2</sup> betragen, bekommt der Bewerber 0 Punkte. Die dazwischen liegenden Werte werden nach der nachstehenden Rechenformel interpoliert:

Formel:  $y = 10 - (10 / (x3 - x1)) * (x2 - x1)$

$x1 = 2.500 \text{ m}^2$

$x2 = \text{angegebene Bruttogrundfläche}$

$x3 = < 500 \text{ m}^2 (499,99)$

$y = \text{erreichte Punkte}$

2.3. Leistungsphasen gemäß § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10.1. zu § 34 Abs. 4 HOAI:

- 8 Leistungsphasen – Punktzahl 10;
- 7 Leistungsphasen – Punktzahl 8;
- 6 Leistungsphasen – Punktzahl 6;
- 5 Leistungsphasen – Punktzahl 4;
- 4 Leistungsphasen – Punktzahl 2;
- < 4 Leistungsphasen – Punktzahl 0.

Es werden nur vollständige und abgeschlossene Leistungsphasen gewertet.

3. Referenzprojekt 2: Erreichbare Höchstpunktzahl: 30, Gewichtungsfaktor: 45%

3.1. Anzahl der Gruppen:

- 7-gruppige Kita oder größer – Punktzahl 10;
- 5-gruppige bis einschließlich 6-gruppige Kita – Punktzahl 6;
- 3-gruppige bis einschließlich 4-gruppige Kita – Punktzahl 2;
- Weniger als 3-gruppige Kita – Punktzahl 0.

3.2. Brutto-Grundfläche (BGF):

Die BGF ist gemäß Richtlinie zur Ermittlung des Sachwerts (Sachwertrichtlinie-SW-RL) vom 5. September 2012 die Summe der bezogen auf die jeweilige Gebäudeart marktüblich nutzbaren Grundflächen aller Grundrissebenen eines Bauwerks.

Die Höhe der Bruttogrundfläche wird wie folgt in Punkte umgerechnet:

Wenn die Bruttogrundfläche des vorgelegten Referenzprojektes 2.500 m<sup>2</sup> erreicht, erhält der Bewerber 10 Punkte. Sollte diese Bruttogrundfläche weniger als 500 m<sup>2</sup> betragen, bekommt der Bewerber 0 Punkte. Die dazwischen liegenden Werte werden nach der nachstehenden Rechenformel interpoliert:

Formel:  $y = 10 - (10 / (x3 - x1)) * (x2 - x1)$

$x1 = 2.500 \text{ m}^2$

$x2 = \text{angegebene Bruttogrundfläche}$

$x3 = < 500 \text{ m}^2 (499,99)$

$y = \text{erreichte Punkte}$

3.3. Leistungsphasen gemäß § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10.1. zu § 34 Abs. 4 HOAI:

- 8 Leistungsphasen – Punktzahl 10;
- 7 Leistungsphasen – Punktzahl 8;
- 6 Leistungsphasen – Punktzahl 6;
- 5 Leistungsphasen – Punktzahl 4;
- 4 Leistungsphasen – Punktzahl 2;
- < 4 Leistungsphasen – Punktzahl 0.

Es werden nur vollständige und abgeschlossene Leistungsphasen gewertet.

4. Referenzliste: Erreichbare Höchstpunktzahl: 10, Gewichtungsfaktor: 25%

- 10 oder mehr Referenzprojekte – Punktzahl 10;
- 7 bis 9 Referenzprojekte – Punktzahl 8;
- 4 bis 6 Referenzprojekte – Punktzahl 6;
- 1 bis 3 Referenzprojekte – Punktzahl 2;
- Kein Referenzprojekt – Punktzahl 0.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Es ist eine stufenweise Beauftragung der in Ziffer II.2.4) bezeichneten Leistungen vorgesehen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der optionalen Leistung besteht nicht.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Nachweis der Vertretungsmacht des Unterzeichners des Teilnahmeantrags:

- Bei juristischen Personen (bspw. im Falle einer Kapitalgesellschaft) durch Vorlage eines

Handelsregistrauszugs oder vergleichbaren Registers des Herkunftslandes,

- Bei Personengesellschaften (bspw. GbR, Partnergesellschaften, Kommanditgesellschaften) durch Vorlage einer entsprechend unterzeichneten Eigenerklärung oder einer Vollmacht.

2. Im Falle einer Arbeits-/Bietergemeinschaft: Die Gemeinschaft hat in einer Erklärung zum Teilnahmeantrag sämtliche Mitglieder der Gemeinschaft zu benennen und eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Erklärung muss angeben, dass alle Mitglieder der Gemeinschaft im Falle der Auftragserteilung als Gesamtschuldner haften. Diese muss von allen Mitgliedern der Gemeinschaft unterzeichnet sein.

3. Erklärung des Bewerbers, dass die Umsetzung der freiberuflichen Leistung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, § 73 Abs. 3 VgV.

4. Eine Eigenerklärung zum Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB.

5. Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ gemäß § 75 Abs. 1 VgV oder nach der EU-Richtlinie 2005/36/EG vom 07.09.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (Abl.EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L271 S. 18), zuletzt geändert durch die EU-Richtlinie 2013/55/EU vom 28.12.2013.

6. Juristische Personen, Partnerschaftsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Gesellschaften bürgerlichen Rechts sind gemäß § 75 Abs. 3 VgV zugelassen, wenn sie für die Durchführung der zu übertragenden Leistungen verantwortliche Berufsangehörige benennen und deren Qualifikation gemäß Ziffer 5. nachweisen.

7. Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage der in Ziffer 1. bis 6. genannten Angaben, Erklärungen und Nachweise zu einem späteren Zeitpunkt auch für Nachunternehmen zu verlangen, soweit diese nicht bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen sind. Er behält sich weiterhin vor, die Verpflichtungserklärung der Nachunternehmen zu verlangen.

8. Im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft hat jedes einzelne Mitglied die unter den Ziffern 1. bis 7. geforderten Nachweise vorzulegen.

9. Wird von § 47 Abs. 1 VgV Gebrauch gemacht, ist Folgendes zu beachten und vorzulegen: Sofern Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie technische berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, muss der Bieter nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, müssen die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen. Zudem dürfen keine Ausschlussgründe nach §§ 123 und 124 GWB vorliegen. Hinsichtlich der Art und Weise der Nachweiserbringung, hat der Bieter die freie Wahl. Der Nachweis kann beispielsweise als Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens erbracht werden.

- „§ 47 Abs. 1 VgV Eignungsleihe

Ein Bewerber oder Bieter kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt“.

10. Alle Erklärungen/Nachweise sind in deutscher Sprache vorzulegen.

11. Die Bewerbungsunterlagen sind 2-fach – einmal als Ausdruck unterschrieben und einmal in digitaler Form (im PDF-Format auf Datenträger) – abzugeben.

### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Vorlage der Bestätigung oder des Bestehens einer Berufs- oder Haftpflichtversicherung für Personenschäden in Höhe von mindestens 2.000.000,00 € sowie für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 1.000.000,00 € jeweils je Versicherungsfall. Die Beträge müssen je Versicherungsjahr zweifach zur Verfügung stehen.

2. Jahresnettoumsatzerlöse des Unternehmens im Durchschnitt der Jahre 2015 bis 2017.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Referenzprojekt 1:

Abgeschlossene Architektenleistungen nach dem 01.01.2011 bezüglich Neubau oder Erweiterungsbau oder Umbau eines barrierefreien Gebäudes für einen öffentlichen Auftraggeber im Sinne des § 99 GWB. Hierzu sind die nachfolgenden projektbezogenen Angaben zu machen:

- Auftraggeber mit Adresse, Ansprechpartner und Telefonnummer;
- Bezeichnung des Projekts;
- Datum (Tag) der Inbetriebnahme des Referenzprojekts;
- Baukosten (KG 300 + KG 400);
- Angabe der Brutto-Grundfläche;
- Auflistung der erbrachten Leistungen nach Leistungsphasen und Leistungszeiträumen;
- Nachweis der Eigenschaft des öffentlichen Auftraggebers;
- Nachweis der vom Architekt durchgeführten Ausschreibung anhand der Bekanntmachung.

#### 2. Referenzprojekt 2:

Abgeschlossene Architektenleistungen nach dem 01.01.2011 bezüglich Neubau oder Erweiterungsbau oder Umbau einer Kindertagesstätte (Kindergarten, Krippe) unter Angabe der Gruppenzahl. Das vorgelegte Referenzprojekt 2 darf nicht identisch mit den in Referenzprojekt 1 genannten Objekten sein. Hierzu sind die folgenden projektbezogenen Angaben zu machen:

- Auftraggeber mit Adresse, Ansprechpartner und Telefonnummer;
- Bezeichnung des Projekts;
- Datum (Tag) der Inbetriebnahme des Referenzprojekts;
- Baukosten (KG 300 + KG 400);
- Angabe der Brutto-Grundfläche;
- Anzahl der Gruppen;
- Auflistung der erbrachten Leistungen nach Leistungsphasen und Leistungszeiträumen.

#### 3. Referenzliste:

Anzahl der betreuten Bauprojekte mit abgeschlossenen Leistungen (mindestens 2 Leistungsphasen, davon jedoch mindestens eine aus den Leistungsphasen 3 - 8 des § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10.1. zu § 34 Abs. 4 HOAI) (Abschluss nach dem 01.01.2011). Hiervon sind die Referenzprojekte 1 und 2 ausgenommen. Zu jedem vorgelegten Bauprojekt sind die folgenden projektbezogenen Angaben zu machen:

- Bezeichnung des Projekts;
- Datum (Tag) der Inbetriebnahme des Referenzprojekts;
- Baukosten (KG 300 + KG 400);
- Auflistung der erbrachten Leistungen nach Leistungsphasen und Leistungszeiträumen.

#### III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

#### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

##### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt“ gemäß § 75 Abs. 1 VgV oder nach der EU-Richtlinie 2005/36/EG vom 07.09.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (Abl.EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L271 S. 18), zuletzt geändert durch die EU-Richtlinie 2013/55/EU vom 28.12.2013.

##### III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

##### III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

### **Abschnitt IV: Verfahren**

#### IV.1) **Beschreibung**

##### IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

- IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**
- IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**
- IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**  
Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen
- IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**
- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**  
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
  - IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
  - IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**  
Tag: 04/10/2018  
Ortszeit: 12:00
  - IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**  
Tag: 17/10/2018
  - IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**  
Deutsch
  - IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
  - IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

#### **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**  
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
  - VI.3.1) Die Vergabeunterlagen erhalten Sie ausschließlich als Download auf der in Ziffer I.3) genannten Homepage: <http://www.suedefelinfo.de/index.php/2014-04-02-05-54-48/ausschreibungen>. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post.
  - VI.3.2) Für die Bewerbung ist der in den Vergabeunterlagen enthaltene Bewerbungsbogen zu verwenden.
  - VI.3.3) Rückfragen von Bewerbern werden nur per E-Mail bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle per E-Mail beantwortet. Mündliche Auskünfte werden nicht erteilt.
  - VI.3.4) Es wird darum gebeten, Rückfragen bis spätestens 27.09.2018 bei der Vergabestelle einzureichen.
  - VI.3.5) Bewerberinformationen zum Bewerbungsverfahren (z. B. die Beantwortung von Rückfragen) werden fortlaufend auf der in Ziffer I.3) genannten Homepage, geführt. Bewerber haben sich unaufgefordert darüber informiert zu halten.
  - VI.3.6) Die Kosten für Bewerbung/Angebot und die Bearbeitung werden nicht erstattet.
  - VI.3.7) Die Teilnahmeanträge sind ausschließlich in Papierform bei der genannten Kontaktstelle einzureichen. Eine elektronische Abgabe ist nicht zulässig. Die Bewerbungsunterlagen müssen spätestens zu dem unter Ziffer IV.2.2) genannten Schlussstermin bei der unter I.1) angegebenen Adresse im verschlossenen Umschlag

vorliegen. Der Umschlag muss die Aufschrift „Teilnahmeantrag für das VgV-Verfahren: Neubau Kita Irrel; erst am 04.10.2018 öffnen!“ tragen. Entscheidend ist der Zeitpunkt des Eingangs der Bewerbungsunterlagen bei der Vergabestelle.

VI.3.8) Aufgrund der Einhaltung zwingender förderrechtlicher Vorgaben sind die Bauantragsunterlagen für dieses Bauvorhaben bis spätestens zum 15. April 2019 fertigzustellen.

VI.3.9) Die Fertigstellung der Kindertagesstätte wird durch die Auftraggeberin in 2020/2021 angestrebt.

VI.3.10) Die in Ziffer II.2.7) genannte Vertragslaufzeit (einschließlich Leistungsphase 9) stellt eine voraussichtliche Frist dar.

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau  
Stiftsstraße 9

Mainz

55116

Deutschland

Telefon: +49 6131-162234

E-Mail: [vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de](mailto:vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de)

Fax: +49 6131-162113

##### VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

##### VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am öffentlichen Auftrag hat oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden;

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

##### VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau  
Stiftsstraße 9

Mainz

55116



Deutschland

Telefon: +49 6131-162234

E-Mail: [vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de](mailto:vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de)

Fax: +49 6131-162113

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
03/09/2018